

Nutztierhaltung mit Fokus auf mehr Tierwohl

Doch Resolution des Kreistags stößt auf Kritik

VON BJÖRN WINKELMANN

Kreis Soest – Eine Resolution „Zukunftsorientierte Nutztierhaltung“ hat der Kreistag bei fünf Gegenstimmen mit deutlicher Mehrheit auf den Weg gebracht. Ausgangspunkt war ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD und Grünen. Ziel ist demnach, dass Verwaltung und Politik gemeinsam mit den Landwirten und dem auf Haus Düsse angesiedelten Geschäftsbereich Tierhaltung und Tiergesundheit der Landwirtschaftskammer daran arbeiten, „die strategische Ausrichtung der Borchert-Kommission in Richtung praxistauglicher Tierwohlkriterien in der landwirtschaftlichen Tierhaltung bei uns im Kreis Soest umzusetzen. Verwaltung und Politik verpflichten sich, die Tierwohlkriterien des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung in den Genehmigungsprozess für neue Stallgebäude einzubeziehen, sobald diese vollständig vorliegen und eine Finanzierbarkeit durch politische Rahmenbedingungen sichergestellt ist.“

Auf Bundesebene empfiehlt das Kompetenznetzwerk (die Borchert-Kommission) dazu eine mehrstufige Strategie, die unter anderem mehr Platz und Beschäftigungsmaterialien im Stall, Neubauten mit Kontakt zum Außenklima und in der dritten Stufe ein Niveau, das sich unter anderem an den Haltungskriterien des ökologischen Landbaus orientiert, vorsieht. Ein weiteres Ziel im gemeinsamen Antrag ist zudem, „den Flächenverbrauch sowohl im Allgemeinen als auch in Bezug auf Stallbauten in der Landwirtschaft im Kreis zu minimieren, um Landwirten eine Existenzsicherung und Perspektive im Kreis Soest zu bieten. Vorrang vor dem Stallbau muss die Weidetierhaltung haben.“

Kein Fass ohne Boden für die Landwirtschaft

Dass der Antrag – anfangs im Fachausschuss und Kreis-ausschuss von den Grünen allein vorgebracht – für den Kreistag zu einem gemeinsamen von CDU, SPD und Grünen wurde, stieß auf Begeisterung bei Wiebke Mohrmann (Grüne). Sie verwies darauf, dass auf Haus Düsse bereits der Stall der Zukunft entstehe. Er werde zeigen, wie Schweine dem Tierwohl entsprechend gehalten werden können, ohne dass dies zu einem Fass ohne Boden für die Landwirtschaft werde. Ergebnisse könnten nicht zu-

letzt weniger Medikamenteneinsatz sein und die Verhinderung von Großbetrieben, die sonst kleinere Betriebe verdrängen.

Während Manfred Weretcki (Linke) das Ansinnen sehr deutlich unterstützte, zeigte sich Jürgen Schulze-Nieden (FDP) verwundert. Schon seit Jahren schlage er vor, Verbindung zu Experten der Fachhochschule in Soest aufzunehmen, um auf deren Sachverstand zu setzen. Das Thema gehöre zurück in den Fachausschuss, um es dort mit Landwirten und Fachleuten zu besprechen. Seine Verwunderung brachte Schulze-Nieden auch darüber zum Ausdruck, dass CDU und SPD nun plötzlich den Antrag der Grünen auch zu ihrem eigenen machten. Inhaltlich sprach er von sachlichen und fachlichen Fehlern.

Diese allerdings habe man auch mit Unterstützung eines Fachmanns der Landwirtschaftskammer ausgeräumt, erklärte Hubertus Rickert-Schulte (CDU). „Die Grünen haben uns die Chance gegeben, miteinander über das Thema zu sprechen. Diese Chance haben wir genutzt.“

Deutliche Kritik des Kreisverbands

Kritische Töne schlägt im Nachgang des Beschlusses nun der Landwirtschaftliche Kreisverband Soest an. „Gerne hätten wir Landwirte uns mit Fachverband eingebracht“, äußert sich Vorsitzender Josef Lehmenkühler. „Tierwohl ist zu wichtig, als dass es rein politisch motiviert diskutiert wird“, sagt er. Kreislandwirt Joachim Pehle ergänzt: „Wir haben mit der Landwirtschaftskammer im Kreis Soest eine Behörde, die wissenschaftlich neutral arbeitet und die die Erkenntnisse der letzten Jahre gerne eingebracht hätte.“ Lehmenkühler beschreibt die Vorschläge der Borchert-Kommission zudem in vielen Bereichen als noch in der Diskussion befindlich, in anderen lägen sie noch gar nicht auf dem Tisch.

Es gebe zudem Zielkonflikte, beispielhaft den Aspekt „Wolf und Weidetiere“. Wer sich auf der einen Seite massiv für die Wiederansiedlung des Wolfes einsetze, könne auf der anderen Seite in der Resolution nicht die Weidetierhaltung fordern und die Tiere den daraus resultierenden Gefahren aussetzen.

Joachim Pehle kommt zu dem Schluss: „Wenn wir unsere Landwirtschaft im Kreis Soest erhalten wollen, kann man ihr nicht mit verschärftem ‚Soester Recht‘ die Wettbewerbskraft nehmen.“